FDP Eschborn

WEITERE PRÜFUNGEN SCHAFFEN NOCH KEINE VERHANDLUNGSMACHT

28.09.2026

FDP, SPD und Die Linke kritisieren die Ablehnung ihres gemeinsamen Eilantrags und warnen davor, konkrete Einflussmöglichkeiten Eschborns ungenutzt zu lassen.

Der gemeinsame Eilantrag von FDP, SPD und Die Linke zum geplanten Umspannwerk ist am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen von CDU, Grünen und FWE abgelehnt worden. TenneT hat der Stadt für den Ankauf von Wegeparzellen eine Frist gesetzt, die noch vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung abläuft. Die drei Fraktionen bedauern die Ablehnung und sehen den von der Mehrheit eingeschlagenen Weg kritisch.

Während CDU, Grüne und FWE weiterhin auf zusätzliche Prüfungen und mögliche Alternativen setzen, wollten FDP, SPD und Die Linke die konkreten Einflussmöglichkeiten nutzen, über die Eschborn selbst noch verfügt.

„Weitere Prüfungen schaffen noch keine Verhandlungsmacht. Die Stadt verfügt am von TenneT und Amprion favorisierten Standort E2 über eigene Wegeparzellen. Genau diesen Hebel wollten wir nutzen, um verbindliche Bedingungen im Interesse Eschborns durchzusetzen“, sagt FDP-Fraktionsvorsitzender Christoph Ackermann.

Der gemeinsame Antrag sah deshalb vor, einen möglichen Verkauf dieser Flächen mit verbindlichen Vereinbarungen zur Einfriedung, Eingrünung und Bepflanzung sowie zur landschaftsverträglichen Gestaltung von Randbereichen und Zuwegungen zu verbinden. Damit sollte die Verhandlungsposition der Stadt genutzt werden, statt sich allein auf weitere Prüfverfahren zu verlassen.

Kein Ja zu E2

Abgerufen am 27.11.2026 unter https://fdp-eschborn.de/?p=17638

Die drei Fraktionen weisen ausdrücklich die Interpretation zurück, ihr Antrag würde eine Zustimmung zum Standort E2 bedeuten.

„Unser Antrag war kein Ja zu E2. Man kann diesen Standort politisch ablehnen und dennoch Verantwortung für den Fall übernehmen, dass E2 am Ende Realität wird. Gerade dann müssen wir dafür sorgen, dass Eschborn seine Einflussmöglichkeiten nicht aus der Hand gibt“, erläutert SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Sauter.

FDP, SPD und Die Linke halten es für problematisch, weiterhin vor allem auf zusätzliche Prüfungen zu setzen. Der Antrag von CDU, Grünen sowie der Änderungsantrag der FWE sehen unter anderem die weitere Untersuchung von Alternativstandorten, einer gasisolierten Ausführung sowie die Einschaltung externer Fachgutachter vor.

„Natürlich wäre ein weniger belastender Standort wünschenswert. Aber Politik muss auch beantworten, was tatsächlich noch erreichbar ist. Ein weiterer Prüfauftrag ist noch kein Ergebnis. Wo Eschborn selbst einen konkreten Hebel besitzt, sollten wir ihn nutzen“, betont die Vorsitzende der Linken-Fraktion, Olivia Ronneberger.

Die Ablehnung ihres Antrags respektieren die drei Fraktionen als Mehrheitsentscheidung, politisch teilen sie den eingeschlagenen Weg jedoch nicht.

„Politik muss auch einen Plan für den Fall haben, den sie eigentlich vermeiden möchte. Wenn E2 nicht verhindert werden kann, darf Eschborn am Ende nicht feststellen, dass vorhandene Einflussmöglichkeiten ungenutzt geblieben sind. Unser Ziel bleibt es, die Interessen unserer Stadt zu schützen und mögliche Belastungen so weit wie möglich zu begrenzen“, erklären die Vorsitzenden der FDP-, SPD- und Linken-Fraktionen abschließend gemeinsam.

Eschborn, 28. September 2026

Abgerufen am 27.11.2026 unter https://fdp-eschborn.de/?p=17638